



NEWSLETTER JUNI 2023

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

im Landtag ging es in der letzten Plenarwoche vor der Sommerpause heiß her. Zum einen, weil wir über Klimaneutralität diskutiert haben. Zum anderen aber auch, weil nach einem Brand in der Tiefgarage die Klimaanlage des Plenarsaals ausgefallen ist. Schnell wurde ein Notfallplan entwickelt. Die Sitzungen fingen bereits um 8 Uhr an, um die Plenarsitzungen zu verkürzen, wurden weniger wichtige Tagesordnungspunkte in die Ausschüsse verschoben oder ohne Debatte behandelt. Besuchergruppen wurden eingeladen und Veranstaltungen und Gesprächstermine abgesagt oder ins Freie verlagert. Tja, der Klimawandel verlangt seine Opfer...

Falls Ihr wissen wollt, was ich von all dem Theater halte: Ich fand das alles maßlos übertrieben. Was sollen die vielen Menschen sagen, die im Gegensatz zu uns Abgeordneten bei der Hitze körperliche Arbeit leisten müssen oder nicht den Luxus einer Klimaanlage an ihrem Arbeitsplatz besitzen. Eine Frage, die ich in der letzten Woche öfter gehört habe - in meinem persönlichen Umfeld, aber auch unter vielen meiner Abgeordnetenkolleg*innen.

Passend hierzu startete der Landtag mit einer Debatte zum Klimaschutzpaket der Landesregierung in die Plenarwoche. Nach einem Jahr des Streits zwischen CDU und Grünen will die Regierung endlich die 1.000 Meter-Abstandsregel für Windkraftanlagen kippen. Eine Maßnahme, für die wir uns immer wieder eingesetzt hatten. Schwarz-Grün hat dagegen viel kostbare Zeit verloren, um den Klimawandel frühzeitig zu bekämpfen. Ansonsten warf Energieministerin Mona Neubaur bei der Vorstellung der weiteren Klimaschutzmaßnahmen mit Floskeln und leeren Worthülsen geradezu um sich, ohne dabei konkret zu werden.



Was im Klimaschutzpaket letztlich fehlt? Antworten darauf, wie wir angesichts steigender Energiekosten und Klimaschutzmaßnahmen Arbeitsplätze und Wertschöpfungsketten in der Industrie erhalten. Hier fehlt der Landesregierung der Mut für eine konsequente Industriepolitik. Energieintensive Industrien wie die Stahl- und die chemische Industrie sichern die Existenz hunderttausender Menschen in Nordrhein-Westfalen. Es muss im Interesse der Landesregierung sein, diese Industrien dabei zu unterstützen, nachhaltige Wege in der Energieversorgung zu finden,



Anja Butschkau Mdl

Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde,
Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

z.B. durch die Verwendung klimaneutral hergestellten Wasserstoffs als Brennstoff. Doch wir hören immer öfter, dass die Unterstützung von Wasserstoffprojekten durch die Landesregierung gestoppt werden.

Die Energiekrise darf keine soziale Krise werden. Gerade beim Klimaschutz geht es letztlich um soziale Gerechtigkeit. Menschen mit kleinen Einkommen leiden wesentlich stärker unter der hohen Energieinflation und können kaum etwas dagegen tun, außer ihren Stromverbrauch zu reduzieren. Besserverdienende, die einen weitaus höheren Anteil an den hohen CO2-Emissionen haben, profitieren dagegen durch Förderprogramme zur energetischen Sanierung ihres Eigenheims massiv von Steuergeldern. Gerecht ist das nicht!

Auf der anderen Seite findet man im Klimaschutzpaket keine einzige Maßnahme für einen sozialen Ausgleich finanziell überforderter Menschen. Eine Gebäudesanierung muss man sich erst einmal leisten können, trotz zahlreicher Fördertöpfe. Gerade viele ältere Menschen, die ihr Leben lang ihr Häuschen abbezahlt haben, um eine Absicherung im Rentenalter zu haben, müssen sich neu verschulden, sofern sie überhaupt einen Kredit erhalten. Hierauf hätte ich mir Antworten gewünscht.

Und was sagt der Ministerpräsident? Nichts! Wie bei allen wichtigen und kontroversen Debatten im Landtag ist er nicht anwesend und schickt seine Fachminister*innen vor. Nicht ist Chefsache, obwohl es in diesem Fall um die Energieversorgung und die Lebensqualität von über 18 Millionen Menschen geht. Stattdessen inszeniert Hendrik Wüst sich in den sozialen Netzwerken in einer heilen Welt. Oder wie es unser neuer Fraktionsvorsitzender Jochen Ott ausdrückt: „Hendrik Wüst hat eine neue Doktrin in die Landespolitik eingeführt: Je größer das Problem, desto stiller die Regierung, aber desto kitschiger die Regierungs-PR im Netz. Die Industrie ist in der Rezession, in den Schulen brennt das Dach, aber Hendrik Wüst teilt politische Katzenbildchen auf Instagram.“

Für mich geht es jetzt in die politische Sommerpause. Zeit für Erholung und Inspiration, aber auch Zeit, um nach arbeitsreichen Monaten im Landtag, wieder mehr Menschen in meinem Wahlkreis zu begegnen.

Ich wünsche Ihnen und Euch eine interessante Lektüre dieses Newsletters und eine schöne Ferienzeit!

Ihre/Eure

Anja Buschmann



Im Landtag wurde letzte Woche viel über Oma Erna gesprochen. Mona Neubaur, grüne Ministerin für Wirtschaft in NRW, sprach gar davon, dass die Landesregierung ein besonders großes Herz für die Seniorin habe, weil man so viel Soziales für sie tue. Wir haben einfach mal direkt bei Oma Erna nachgefragt. Hier ist Oma Ernas Antwort an die Landesregierung:

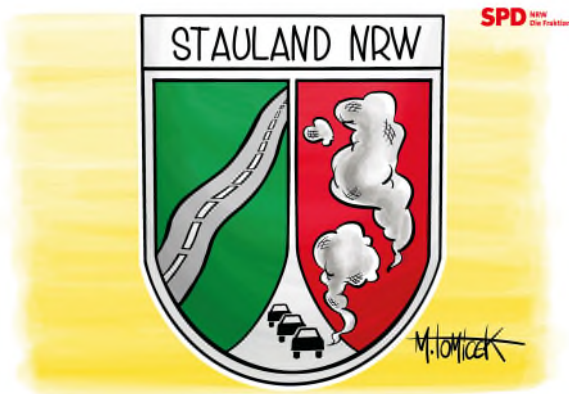
<https://youtu.be/7Ap41Dmn-vI>



Zu wenig, viel zu wenig: Ein verlorenes Jahr Schwarz-Grün

Die schwarz-grüne Landesregierung ist ein Jahr im Amt. Zeit, Bilanz zu ziehen. Denn mit dem Wechsel von Schwarz-Gelb zu Schwarz-Grün waren ja einige Hoffnungen verbunden. Doch wo man auch hinhört: Schwarz-Grün ist eine Koalition der enttäuschten Hoffnungen.

In einer extrem schwierigen Zeit für Land und Menschen, noch gebeutelt von der Corona-Pandemie und mitten drin in einer durch den anhaltenden Überfall Russlands auf die Ukraine verursachten Kostenexplosion und Flüchtlingskrise, hätte diese Landesregierung ihre ganze Kraft in die Krisenbewältigung setzen müssen. Mit Mut, Herz und Verstand. Stattdessen erleben wir ein tristes und mutloses "weiter-so".



Schwarz-Grün ist keine Koalition für Menschen, die sich Sorgen um ihre Mieten, über steigende Preise oder die Bildungschancen ihrer Kinder machen. CDU und Grüne haben jede unserer Initiativen zur Entlastung von Arbeitnehmer*innen und Familien abgelehnt: die Abschaffung von Kita- und OGS-Gebühren, ein kostenfreies Mittagessen für Kinder oder ein besserer Mieterschutz.

Zugleich droht der Kollaps unserer sozialen Infrastruktur: Die Kostensteigerungen betreffen Pflegeheime ebenso wie Kitas, Frauenhäuser und Beratungsstellen. Die Sozialverbände haben bereits Alarm geschlagen, es droht ein Kahlschlag in unserer Soziallandschaft mitten in einer veritablen Armutskrise. Denn die Wirtschaftsleistung in NRW ist um 0,3 Prozent geschrumpft, mehr als im Bundesdurchschnitt.

Und auch der "Normalbetrieb" läuft holprig: Der Lehrkräftemangel an unseren Schulen grassiert munter weiter. Alle Studien belegen eine Bildungskatastrophe in NRW. Die Lese- und Matheleistungen unserer Kleinsten werden immer schlechter. Ideenlosigkeit statt Gestaltungswille herrscht auch beim Fachkräftemangel in Pflege und Kita. Dabei fehlt es ebenso an Pflegeplätzen wie an Betreuungsmöglichkeiten für unsere Kinder.



Und auch mit Blick auf die Zukunftsgestaltung und die notwendige Transformation des Landes für eine klimaneutrale Industrie und Energieversorgung bewegt sich nichts: Im Jahr 2023 sind bisher gerade einmal 14 neue Windkraftträder in NRW an den Start gegangen. Das ist zu wenig, viel zu wenig. Und das gilt für Schwarz-Grün allgemein: Stillstand allerorten und keine Ambitionen, das Land nach vorne zu bringen.

Wir haben das erste Jahr Schwarz-Grün in einer Broschüre festgehalten. Sie/Ihr können/könnt diese gerne runterladen oder in meinem Wahlkreisbüro in Papierform anfordern. Kontakt: anja@anja-butschkau.de, 0231 / 58 56 18.

Broschüre „1 Jahr Schwarz-Grün in Bildern“: rb.gy/ne9ir

Pleiten, Pech und Pannen im Schulministerium

Wer gedacht hat, dass es nach dem Schulchaos unter der alten FDP-Schulministerin Yvonne Gebauer eigentlich nur besser werden könnte, der reibt sich derzeit verwundert die Augen:

Die neue grüne Ministerin Dorothee Feller (CDU) stolpert nur so von einem Fettnäpfchen ins nächste, konfus, konzeptlos, kopflos.

Eine Lösung für den Lehrkräftemangel ist nicht in Sicht. Der Unterrichtsausfall geht unvermindert weiter. Und bei unseren Schüler*innen bahnt sich eine regelrechte Bildungskatastrophe an: Laut IGLU-Bildungsstudie kann jedes vierte Kind in der vierten Klasse nicht richtig lesen. Auch die Ergebnisse des IQB-Bildungstrends zeigen, dass NRW im Bundesdurchschnitt äußerst schlecht abschneidet. 30% der Viertklässler erreichen nicht die Mindestanforderungen der Bildungsministerkonferenz. Das sind alarmierende Ergebnisse!



Im April verweigerte das Schulministerium dann die Bereitstellung der Abiturprüfungen: 600 der gut 900 Gymnasien und Gesamtschulen konnten die Prüfungsaufgaben nicht herunterladen. Die Abi-Prüfungen mussten verschoben werden. Und weil das Maß noch nicht voll war, wurde zuletzt ein Datenleck auf den Servern der Schulverwaltung bekannt. Die Nutzerdaten von hunderten Lehrer*innen waren frei im Internet abrufbar.

Ich sage es ganz deutlich: So dürfen wir nicht die Zukunft unserer Kinder auf's Spiel setzen! Sie haben ein Recht auf beste Bildung und ein Recht auf eine sauber geführte Bildungspolitik.

Linke Tasche, rechte Tasche! Bei der Landesregierung zahlen die Kommunen ihre Altschulden selbst

Seit Jahrzehnten quälen hohe Kassenkredite die Kommunen in vielen Bundesländern. Diese Liquiditätskredite wurde aufgenommen, um bei knappen Mitteln laufende Kosten decken zu können. Der Grund: die Kommunen sind unterfinanziert. Die Folgen: immer höhere Zinslasten, die zu weiterer Verschuldung führen, keine Mittel für Sanierungen von Schulen und Straßen, die Schließung von Schwimmbädern oder anderen Einrichtungen, die die Lebensqualität der Menschen steigern und gerade Menschen mit niedrigen Einkommen zu Gute kommen sollten.

Die SPD hat im Koalitionsvertrag auf Bundesebene deshalb durchgesetzt, dass die Kommunen von Altschulden befreit werden. Der Bund will die eine Hälfte der Schulden übernehmen. Für die andere Hälfte sind die Länder verantwortlich.

Nun hat das Land sein Konzept für eine Altschuldenlösung vorgestellt. Lösung ist vielleicht etwas übertrieben, denn das Land übernimmt zwar die Schulden der Kommunen, finanziert Zinsen und Tilgung jedoch aus den Einnahmen aus der Grunderwerbssteuer. Diese Mittel fließen eigentlich in das Gemeindefinanzierungsgesetz, sollten also eigentlich den Kommunen zur Verfügung stehen. Dieses Geld fehlt jetzt, so dass am Ende des Tages die Kommunen ihre Schulden selbst abzahlen, nur bei einem anderen Gläubiger. Rechte Tasche, linke Tasche halt.

Die Zukunft des Kleingartens startet in NRW

Das Kleingartenwesen feiert in diesem Jahr ein großes Jubiläum. Die beiden Landesverbände Rheinland und Westfalen/Lippe wurden 100 Jahre alt und feierten dies entsprechend am 11. Juni mit einem großen Fest am Tag des Gartens in Mönchengladbach.

Für die SPD-Fraktion NRW nahm ich an dieser Veranstaltung nicht nur zum Gratulieren teil, sondern ich hatte auch ein Geschenk mitgebracht. Zwei Tage zuvor hatten wir im Landtag unseren Antrag "Lange Tradition, moderne Idee – 100 Jahre Kleingartenverbände in NRW" vorgestellt. Wir wollen die Arbeit der Kleingärtner*innen wertschätzen, denn Kleingärten leisten viel für unsere Gesellschaft. Sie sind Orte des sozialen Miteinanders und grüne Oasen in den großen Städten, die Vögeln und Insekten einen Lebensraum geben und positive Auswirkungen auf das Stadtklima haben - Stichwort: Hitzeschutzinseln, Starkregenschutz und Klimaresilienz.



Wir wollen deshalb, dass Kleingartenanlagen stadtplanerisch unter Schutz gestellt werden und nicht mehr Grundstücksspekulationen zum Opfer fallen. Und weil die Nachfrage immer weiter steigt, wollen wir, dass das Land den Bau neuer Anlagen fördert - gerade auch als Beitrag zu klimaresilienten Städten. Wir wollen den Kleingartenvereinen das Rüstzeug mit auf den Weg geben, um sich nach Außen zu öffnen, z.B. durch Bildungs Kooperationen mit Schulen. Durch flexiblere Angebote wollen wir Kleingärtner*innen mit neuen Zielgruppen zusammenbringen, z.B. durch Kleinstparzellen, Sharing-Gärten oder Urban Gardening-Projekte, um so auch Menschen ein Angebot zum Gärtnern zu eröffnen, die nicht so viel Zeit und Geld mitbringen können, die ein großer Garten erfordert.

Und wir wollen im Rahmen einer Studie untersuchen lassen, wie man den Wert der vielen sozialen, wirtschaftlichen, ökologischen und klimatischen Leistungen, die durch und in Kleingärten erbracht werden, beziffern kann.

Bevor nach den Sommerferien die Beratungen im Umweltausschuss starten, werde ich nun aber erst einmal auf Tour durch die Kleingärten gehen, um mit den Kleingärtner*innen ins Gespräch zu kommen.

Antrag „Lange Tradition, moderne Idee – 100 Jahre Kleingartenverbände in NRW“: rb.gy/sywkf

Gemeinsam gegen Einsamkeit

Einsamkeit ist nicht nur ein lästiger Zustand, ein unangenehmes Gefühl für Menschen, die gerade mal allein sind. Einsamkeit schadet den Betroffenen ganz konkret: Sie macht krank, psychisch und körperlich. Chronische Einsamkeit hat ähnliche Folgen, wie Rauchen, Alkoholmissbrauch oder starkes Übergewicht. Und Einsamkeit kann jede und jeden treffen: In NRW jede und jeden Zehnten!

Wir dürfen hier nicht weiter zusehen, sondern müssen endlich handeln. Handlungsempfehlungen hatte in den Jahren 2020 bis 2022 bereits die Enquetekommission Einsamkeit des Landtags erarbeitet, an der ich mitwirken durfte. In unserem

Antrag fordern wir daher eine schnelle Umsetzung dieser Handlungsempfehlungen, eine wirk-same Bekämpfung der Armut, eine Stärkung der Quartiersarbeit und den Ausbau von niedrigschwelligen Angeboten gegen Einsamkeit und soziale Isolation.

Zum Problem der Einsamkeit und zur Arbeit der Enquetekommission halte ich auch gerne Vor-träge. Bei Interesse gerne melden.



Antrag „Einsamkeit in NRW: Warum jetzt gehandelt werden muss!“: rb.gy/w0xmw

Beantwortung unserer Großen Anfrage „Aktueller Stand und Planungen zur Bekämpfung und Prävention von Einsamkeit und sozialer Isolation in Nordrhein-Westfalen“: rb.gy/zguqf

Weil jedes Kind seine Chance verdient: Enquetekommission für Chancengleichheit
Chancengleichheit und Bildungsgerechtigkeit sind wichtige Versprechen einer sozial gerechten und freien Gesellschaft. Doch das Bildungssystem in NRW bricht dieses Versprechen. Bildungserfolg, das zeigen alle Studien zum Thema, hängt immer noch maßgeblich vom Wohlstand des Elternhauses ab: Wer arm ist, hat schlechte Chancen in der Schule und deshalb später auch kaum Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Dabei sollte unser Bildungssystem gerade das unterbinden. Wir haben deshalb die Enquetekommission Chancengleichheit auf den Weg gebracht, die ab dem 1. September Ursachen und mögliche Lösungen für die massive Bildungsungleichheit finden soll. Damit jedes Kind seine Chance hat.

Antrag zur Einsetzung der Enquetekommission „Chancengleichheit in der Bildung“:
rb.gy/jvys6



Trotz Hilferuf der Kita-Träger: Landesregierung lehnt Kita-Rettungspaket ab

Den Kitas geht es wie der gesamten sozialen Infrastruktur im Land: Sie ächzen unter den immensen Kostensteigerungen und der chronischen Unterfinanzierung. Viele stehen vor dem Aus. Die Träger der Kitas hatten sich deshalb mit einem Hilferuf an die Öffentlichkeit und die zuständige Ministerin Josefine Paul (Grüne) gewandt, denn schon jetzt leiden Eltern und Kinder vielerorts unter reduzierten Betreuungszeiten. Und eine Schließungswelle von Kitas können wir uns angesichts der schon heute fehlenden 100.000 Kita-plätze einfach nicht leisten.

Zur Rettung der Kinderbetreuung in NRW haben wir deshalb ein Kita-Rettungspaket über mindestens 500 Millionen Euro beantragt. Doch Schwarz-Grün hat das Paket ohne Gegenvorschlag niedergestimmt. Für mich bisher der politische Tiefpunkt dieser Koalition.

Antrag „Kita-Kollaps verhindern - Kita-Rettungspaket auflegen“: rb.gy/paj8r



Das DeutschlandTicket ist ein großer Erfolg

Am 1. Mai ist das DeutschlandTicket an den Start gegangen. Ein wichtiger Beitrag der Ampel-Bundesregierung zur klimafreundlichen Verkehrswende in Deutschland. Damit reduzieren sich für viele Pendler*innen die Fahrtkosten zur Arbeit und für viele Autofahrer*innen wurde ein attraktiver Anreiz geschaffen, das Auto öfter in der Garage stehen zu lassen.

Durch die Einführung des DeutschlandTickets hat sich aber auch das Preisgefüge im öffentlichen Nahverkehr verändert. Zielgruppen, die in der Vergangenheit vergünstigte Ticketangebote nutzen konnten, profitieren leider nicht oder nur unwesentlich von der Einführung des Deutschland-Tickets. Wir setzen uns deshalb auf Landesebene dafür ein, dass es auch in Zukunft ein deutlich vergünstigtes Studi-Ticket gibt, Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren den öffentlichen Nahverkehr kostenlos nutzen können und es für Schüler*innen, Auszubildende und Empfänger*innen von Sozialhilfeleistungen über 18 Jahren ein Solidarticket für 29 Euro geben wird.

Wir wollen außerdem, dass auch die Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Land und in den Kommunen von vergünstigten JobTicket-Angeboten, die viele andere Arbeitgeber*innen bereits anbieten, profitieren. Das Land und die Kommunen sollten hier als Arbeitgeber*innen mit gutem Beispiel voran gehen, um klimafreundliche Mobilität zu fördern - sowohl für Angestellte als auch für Beamte*innen. Eine Forderung, mit der auch der Rat der Stadt Dortmund auf uns zugekommen ist.

Antrag „Damit alle einsteigen können. NRW braucht kostenlosen ÖPNV für Kinder und Jugendliche sowie ein echtes Solidarticket“: rb.gy/c3se2

Antrag „Zuschuss zum Deutschlandticket für die Landesbeschäftigten - Landesregierung muss jetzt handeln“: rb.gy/efvdy

Antrag „Studentische Mobilität in Zeiten des Deutschlandtickets rechtssicher halten – Das Land Nordrhein-Westfalen muss bürgen“: rb.gy/atrki

Kommunen nicht im Stich lassen

Viele Menschen auf der Flucht vor Krieg, Verfolgung und Vertreibung finden Zuflucht in NRW. Den Großteil der Last für Unterbringung und Versorgung tragen die Kommunen. Und die geraten an ihre Grenzen: Über 130 Hilferufe aus Kommunen haben die Landesregierung erreicht. Über 150 Kommunen haben sich mit einer Überlastungsanzeige an die Bezirksregierung gewandt: Es fehlt an Kapazitäten zur Unterbringung und Versorgung.

Doch statt den Kommunen in dieser Notlage beizustehen, behält die Landesregierung Bundesmittel zur Unterbringung geflüchteter Menschen für sich und lässt die Kommunen am ausgestreckten Arm verhungern. Das geht gar nicht, deshalb fordern wir von der Landesregierung, die Bundesmittel vollständig an die Kommunen weiterzuleiten.

Außerdem muss das Land die Kommunen auch aktiv unterstützen: Von den ehemals 85.000 Plätzen in landeseigenen Unterkünften bestehen nur noch knapp 30.000. Wir fordern die Zahl der Plätze in Landeseinrichtungen auf mindestens 70.000 zu erhöhen, die Finanzierung an die gestiegenen Unterbringungskosten anzupassen und die kommunalen Ausländerämter personell zu entlasten.

Antrag „Keine klebrigen Finger – Land muss Bundesmittel vollständig weiterleiten“: rb.gy/5ngdr

Antrag „Kommunen und Geflüchtete nicht weiter im Stich lassen – Land muss eigene Hausaufgaben machen“: rb.gy/z64ra

Stärkungspakt gegen Armut, aber richtig!
Über 3 Millionen Menschen in NRW sind von Einkommensarmut betroffen. Mehr als jede*r Sechste!

Doch Millionen von Euro aus dem Stärkungspakt des Landes zur Unterstützung von armen Menschen können nicht ausgegeben werden: Zu kurz sind die Fristen bemessen. Zu kompliziert und strikt die Bedingungen der Mittelverwendung. Viele Kommunen werden deshalb erhaltenes Geld an das Land zurückgeben müssen. So zum Beispiel in Duisburg, das 80 Prozent, rund 5,2 Millionen Euro, zurückgeben wird. Viel Geld, dass im Kampf gegen Armut vor Ort jetzt fehlt.

Der sogenannte Stärkungspakt Armut von Landessozialminister Karl-Josef Laumann erweist sich damit als schlecht durchdachte Mogelpackung. Schön verpackt, aber innen nur Bürokratie und Hürden. Am Ende kommt bei den von Armut betroffenen Menschen aber nichts an. Das Land muss jetzt dringend nachbessern!



Zu unserem Antrag auf Aktuelle Stunde geht es hier: rb.gy/l4q61

Die Ruhr-Nachrichten berichteten über die Plenardebatte: rb.gy/1xcg5

Für einen transparenten Haushalt: Unsere Klage gegen den Landeshaushalt

Die schwarz-grüne Landesregierung treibt das Hütchenspiel rund um den Landeshaushalt zu weit. Statt einen ehrlichen Haushalt zu führen, in dem Ausgaben und Schuldenaufnahme transparent sind, arbeitet sie mit sogenannten Sondervermögen. So kann sie formal die Schuldenbremse einhalten und das Parlament umgehen. Wir halten das für verfassungswidrig. Der Landesrechnungshof übrigens auch.



Denn der Landeshaushalt ist nicht die private Schatulle der Landesregierung. Es ist das Geld der Bürger*innen. Und die Landesregierung muss aus diesem Grund einen vom Landtag kontrollierbaren Haushalt führen.

Deshalb klagen wir jetzt gegen das Gesetz zum Sondervermögen Ukraine, die Kreditermächtigung von fünf Milliarden Euro sowie die Kreditaufnahme im Corona-Sondervermögen in Höhe von rund vier Milliarden Euro im Herbst 2022. Für einen transparenten, ehrlichen und verfassungskonformen Landeshaushalt.

Reden wir über „Mehr Respekt“ in unserer Gesellschaft

Seit dem letzten Jahr bündelt die SPD-Landtagsfraktion NRW ihre Arbeit in fachübergreifenden Teams. Die Teams stellen sich den großen Zukunftsaufgaben unseres Landes – der Chancengleichheit, sozialer Gerechtigkeit und mehr Respekt in unserer Gesellschaft, der Transformation, der Stärkung der Demokratie und der Gestaltung von Stadt, Land und Heimat.

Nach den Osterferien starteten die Teamwochen des Teams „Mehr Respekt schaffen“, in dem ich als frauenpolitische Sprecherin mitarbeitete. Die Arbeitskreise Arbeit, Gesundheit/Pflege und Soziales, Gleichstellung und Frauen, Integration und Sport organisierten unter diesem Motto Veranstaltungen, besuchten Projekte und brachten Anträge in den Landtag ein.

Wir diskutierten über prekäre Beschäftigung, über die Bekämpfung des Fachkräftemangels, über gendersensible Medizin, über sichere und legale Schwangerschaftsabbrüche und über den Stand unserer Willkommenskultur 30 Jahre nach dem Brandanschlag von Solingen.

Für den Fachbereich Gleichstellung organisierten wir unter meiner Federführung neben den Landtagstalks zu Gendermedizin und Schwangerschaftsabbrüchen auch Projektbesuche im Kindertechnologiezentrum Dortmund (Kitz.DO), wo junge Menschen sehr praxisnah an Naturwissenschaften, Technik und Informatik herangeführt werden. Wir besuchten die Nordstadtliga.Queens, ein Projekt der offenen Jugendarbeit, das sich gezielt an Mädchen richtet und diese in ihrer Entwicklung stärken soll. Und wir besuchten die Notschlafstelle für wohnungslose Frauen der Diakonie Düsseldorf, die ein Vorbild für jede Kommune sein sollte.



Frauen in Schwangerschaftskonflikten schützen – Gehsteigbelästigungen unterbinden

Ein Schwangerschaftsabbruch ist eine der schwierigsten Entscheidungen, vor denen eine Frau nur stehen kann. Die Gründe, die zu einer solchen Entscheidung führen, sind vielfältig und individuell. Es sind meist sehr persönliche Erlebnisse und Lebenssituationen. Für die Betroffenen ist diese Situation extrem belastend und voller Zweifel.

Stellt Euch vor, Ihr geht in einer solchen Situation für das Pflichtberatungsgespräch zu einer Schwangerschaftskonfliktberatungsstelle oder in eine gynäkologische Praxis, um den Abbruch vorzunehmen. Und plötzlich stehen wildfremde Menschen vor der Tür, die Euch auf perfide Art suggerieren wollen, was für ein Unmensch Du eigentlich bist. Sie halten Dir Bilder von toten Föten vor die Nase, sprechen von Sünde, Babymord und Babycaust. Menschen, die Dir verbieten wollen, über Deinen eigenen Körper selbst bestimmen zu dürfen.

Solche Praktiken von radikalen Abtreibungsgegnern*innen kommen nicht oft vor, aber ich höre regelmäßig aus verschiedenen Städten davon. Als

im Herbst in Dortmund-Körne die Ärztin Gabie Raven eine Praxis eröffnete, in der sie Schwangerschaftsabbrüche vornimmt, waren sie auch wieder vor Ort. Wir haben uns ihnen mit Gegenprotesten erfolgreich entgegen gestellt.

Und jetzt haben wir im Landtag einen Antrag eingebracht, der solche Gehsteigbelästigungen unterbinden will. Denn bislang ist das Versammlungsrecht hier nicht klar geregelt. Deshalb lassen einige Kommunen solche Aktionen auch zu, weil sie dem Versammlungsrecht mehr Bedeutung zumessen als dem Recht der schwangeren Frau auf Schutz und Achtung ihrer Menschenwürde (Art. 1 Abs. 1 GG), ihr Recht auf Leben und körperliche Unversehrtheit (Art. 2 Abs. 2 GG) sowie ihr Persönlichkeitsrecht (Art. 2 Abs. 1 GG).

Das wollen wir ändern. Solche Praktiken sind einfach nur abartig! Das ist kein Protest! Das ist Nötigung - das ist Belästigung! Deshalb fordern wir eine einheitliche gesetzliche Grundlage, die das unterbindet, und dass das Land eine solche Initiative auf Bundesebene unterstützt. Leider haben die Regierungsfractionen von CDU und Grüne unseren Antrag abgelehnt, weil sie allein den Bund in der Pflicht sehen. Dabei hätte dieser Antrag niemandem weh getan - außer den Radikalen – und man hätte hier zumindest ein Zeichen aus Nordrhein-Westfalen setzen können.



Antrag „Das Selbstbestimmungsrecht von Frauen sichern! Vorhaben gegen „Gehsteigbelästigungen“ unterstützen“: rb.gy/mk191

Meine Rede im Landtag: rb.gy/chrqv

Schwarz-Grün: Kostenfreie Menstruationsartikel in Schulen und Unis? Toll, aber das sollen die Kommunen mal machen

Immer mehr Schulen, Unis und ganze Kommunen machen sich auf den Weg, in ihren Gebäuden kostenfreie Tampons und Binden anzubieten. Gerade für Frauen, die wenig Geld zur Verfügung



haben, ist dies eine sinnvolle Maßnahme zur Steigerung der Hygiene und den Kampf gegen die Stigmatisierung der Periode. Aber auch für viele Frauen, bei denen die Periode unerwartet einsetzt, sind kostenfreie Menstruationsartikel in öffentlichen Gebäude eine wesentliche Erleichterung des Alltags – Stress und Fehlzeiten werden reduziert.

Das sahen auch alle Sachverständigen in einem Fachgespräch im Gleichstellungsausschuss so und im Grunde auch alle (demokratischen) Abgeordneten. Deshalb wollten wir mit einem Förderprogramm einen Anreiz schaffen, dass mehr Kommunen, Schulen und Unis so etwas anbieten. Und wir wollten analog zu Schottland perspektivisch ein Gesetz einführen,

mit dem Menstruationsartikel in öffentlichen Toiletten verpflichtend ausgelegt werden müssen – also genauso selbstverständlich wären, wie Toilettenpapier.

Über die Debatte im Ausschuss konnte ich nur den Kopf schütteln. CDU und Grüne suchten geradezu nach fadenscheinigen Gründen, diesen Antrag abzulehnen. Die Kommunen würden das auch gut ohne ein Förderprogramm des Landes hinbekommen. Dass es uns nicht um die dauerhafte Finanzierung, sondern um einen Anreiz, überhaupt zu starten, handelte, verstanden sie nicht. Der Antrag wurde abgelehnt.

Antrag „Kostenfreie Menstruationsartikel in öffentlichen Einrichtungen, so selbstverständlich wie Toilettenpapier – das Land muss diese sinnvolle Maßnahme fördern“: rb.gy/w3p57

Sogol Borji ist wieder in Freiheit

Ich hatte die Patenschaft für die Iranerin Sogol Borji übernommen. Nachdem sie an Protesten für die Rechte von Frauen im Iran teilnahm, wurde sie festgenommen und wegen angeblichen Mordes an einen Revolutionsgardisten ins für Folter und Vergewaltigung berühmte Evin-Gefängnis gesperrt. Sie hatte keinen Zugang zu einem Rechtsbeistand. Auf ihren Fall machte ich in der Presse, in den öffentlichen Medien und in einen Brief an den iranischen Botschafter in Deutschland aufmerksam. Anfang März erhielt ich dann die erlösende Nachricht, dass Sogol Borji gegen Kaution aus der Haft entlassen wurde. Dennoch steht sie weiter unter Beobachtung und ist massiven Repressionen von Seiten des iranischen Staates ausgesetzt.

Tausende junge Menschen sitzen außerdem noch in iranischen Gefängnissen und warten auf ihre Urteile durch die Revolutionsgerichte. Viele wurden bereits zum Tode verurteilt und hingerichtet, weil sie sich in einem diktatorischen Staat für Freiheit, Menschenrechte und besonders für die Rechte von Frauen eingesetzt haben. Lasst uns deshalb nicht vergessen, was gerade im Iran passiert.



Meine Rede auf der „Frau, Leben, Freiheit“-Demo am 8. März 2023 vor dem Landtag: rb.gy/as856

Laumann gefährdet erneut die Existenz des Instituts für Gerontologie

Landessozialminister Karl-Josef Laumann streicht dem Institut für Gerontologie in Dortmund-Eving die Projektförderung. Damit ist das Institut erneut in seiner Existenz gefährdet. Bereits 2018 strich der Minister diesem die institutionelle Förderung. Jetzt soll das Institut auch keine Projektgelder aus dem Landesförderplan Alter und Pflege mehr erhalten. Dabei ist eine stabile Finanzierung Grundvoraussetzung, um weitere Drittmittelprojekte überhaupt anwerben zu können.

33 Jahre hervorragende Arbeit im Bereich der Altersforschung und die aufgebaute Expertise würden damit verloren gehen. Auch für den Stadtbezirk Eving ist das ein Schlag ins Gesicht - leitet das Institut in der Evinger Mitte doch einen wichtigen Beitrag zum Strukturwandel nach Betriebsende der Zeche Minister Stein.

Was mich aber wütend macht, ist die Kaltschnäuzigkeit, die Karl-Josef Laumann in seiner Antwort auf eine Kleine Anfrage von Volkan Baran und mir an den Tag legt. Er nennt keinen Grund, wieso das Institut keine Förderung erhält. Im Gegenteil, die eingereichte Projektskizze erfülle sogar die Fördervoraussetzungen. Stattdessen beruft er sich auf den Gestaltungs- und Entscheidungsspielraum der Landesregierung. Es liegt also nicht daran, dass das Institut für Gerontologie schlechte Arbeit leisten würde, sondern daran, dass das Institut nicht mehr gewollt ist.



Damit zusammenwächst, was zusammen gehört – Ein Rad- und Fußweg zwischen Dortmund-Holzen und Schwerte-Holzen könnte näher rücken

Eins vorweg: Ich bin erstmal nur verhalten optimistisch. Aber zumindest hat Landesverkehrsminister Oliver Krischer unsere Forderung nach einem Rad- und Fußweg zwischen den beiden Holzener Ortslagen in Dortmund und Schwerte nicht vom Tisch gewischt. Er hat zwei Optionen benannt, die eine Perspektive für einen Rad- und Fußweg an der Kreisstraße sein können.



Zum einen wird im nächsten Jahr vom Verkehrsministerium ein Landesvorrangnetz für Radwege erstellt. Die Kommunen, also in diesem Fall die Stadt Dortmund und die Stadt Schwerte haben hierzu Vorschlagsrechte, welche Straßen und Wege hierfür in Betracht kommen.

Auf der anderen Seite prüfe das Land zur Zeit, an welchen Landesstraßen man durch eine Neuaufteilung des Straßenquerschnitts Rad- und Fußwege realisieren könnte. Hier könnte man Fahrspuren zu Gunsten eines sicheren Fahrradstreifens verkleinern. Das sei in weiten Teilen auch an der Kreisstraße möglich. Und gerade auf Dortmunder Seite, wo es nur einen unsicheren Trampelpfad am Fahrbahnrand gibt, wäre das eine pragmatische Lösung, die schneller umsetzbar wäre, weil dafür keine Grundstücke angekauft werden müssten. Wir bleiben dran!

Georgschule kann mit Lehrer*innen weiterarbeiten

Der Lehrer*innenmangel in NRW trifft alle Schulen, die privaten Waldorfschulen aber umso mehr. Während der Corona-Pandemie ermöglichte die Landesregierung, dass Seiteneinsteiger*innen über ein Programm leichter eingestellt werden konnten. Davon hatte die Georgschule, eine Waldorf-Förderschule in Brünninghausen Gebrauch gemacht. Parallel konnten die neuen Lehrer*innen ihre heilpädagogische Ausbildung absolvieren. Nachdem das Programm auslief, hieß es plötzlich, dass die betroffenen Lehrer*innen keine weitere Unterrichtsgenehmigung erhalten, dabei war es doch bereits vor dem Sonderprogramm schon möglich, dass die Weiterbildung berufsbegleitend möglich ist.

Es gibt viele Gründe, wieso ich diese Entscheidung für irrsinnig halte. Die Lehrkräfte haben sich eingearbeitet und im Alltag bewährt. Sie haben Vertrauen zu ihren Schüler*innen aufgebaut – gerade an Förderschulen ein sehr wichtiger Aspekt. Es gibt einen deutlichen Lehrkräftemangel. Es ist den Betroffenen kaum möglich, ohne parallele Beschäftigung eine außerbetriebliche Ausbildung zu absolvieren. Die betroffenen Lehrkräfte sind zudem nicht fachfremd, haben in ihren ursprünglichen Tätigkeiten sehr viele Berufserfahrungen im und mit dem Schulsystem und jungen Menschen gesammelt.



Wir haben das Thema im Schulausschuss thematisiert und mit unserer schulpolitischen Sprecherin Dilek Engin und meinem Dortmunder Abgeordnetenkollegen Volkan Baran die Schule besucht, um uns mit den Schüler*innen, Lehrer*innen und Elternvertreter*innen auszutauschen. Und nachdem sich die Schulministerin Dorothee Feller zunächst sperrte, konnten wir sie letzten Endes doch noch überzeugen, die Sache flexibler zu gestalten. Die Seiteneinsteiger*innen in den Waldorf-Förderschulen können also zukünftig neben ihrer Weiterbildung an den Schulen unterrichten.

Laumanns Krankenhausplan führte zu Schließung der Ortho-Klinik in Hörde

Die Stiftung Volmarstein hat zum 31.03.2023 die Ortho-Klinik (ehemals Bethanien-Krankenhaus) in Hörde geschlossen. Das ist ein Einschnitt in die Gesundheitsversorgung im Dortmunder Süden. Schuld daran ist der Krankenhausplan NRW, mit dem Landesgesundheitsminister Karl-Josef Laumann eigentlich die stationäre Versorgung in den Krankenhäusern stärken wollte. Die SPD-Fraktion hatte in der Vergangenheit immer wieder davor gewarnt, dass der neue Krankenhausplan zu Schließungen führen werde. In Hörde bestätigt sich das nun.

Zwischen 2010 und 2019 stieg in Nordrhein-Westfalen die Zahl der stationären Aufenthalte in Krankenhäusern von 4,2 auf 4,6 Millionen. Das ist ein Plus von 10 Prozent. Jedes Krankenhaus wird deshalb gebraucht. Wie wichtig eine gute, wohnortnahe Versorgung ist, sollte eigentlich nach Corona jedem klar sein.

SPD Dortmund lud zur Betriebs- und Personalrätekonferenz ein

Die SPD Dortmund lud im März zur 1. Dortmunder Betriebs- und Personalrätekonferenz ein. Jens Peick und ich begrüßten neben rund 60 Betriebs- und Personalrät*innen aus Dortmund auch unsere Podiumsgäste Gustav Horn und Anja Weber. Gustav Horn ist einer der renommiertesten Konjunkturforscher in Deutschland, war über viele Jahre Direktor des Instituts für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) und ist seit 2019 Mitglied SPD-Parteivorstands. Anja Weber ist Vorsitzende des DGB NRW.

In der Veranstaltung diskutierten wir über die ökonomischen Krisenmaßnahmen der Bundesregierung und wie die Transformation der Wirtschafts- und Arbeitswelt gestaltet werden muss.



Die Podiumsteilnehmer*innen waren sich einig, dass es dank der Maßnahmen der Bundesregierung gelungen sei, gut durch den Winter zu kommen. Nun müsse der gesellschaftliche Diskurs über eine gerechte Finanzierung dieser Krise geführt werden. Die Krisenkosten dürften nicht zu großen Teilen bei den Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen hängen bleiben. Vermögende müssten viel stärker an den Kosten beteiligt werden, als dies bislang geschehe. Um dies durchzusetzen, brauche es eine starke Allianz aus Gewerkschaften, Sozialdemokratie und weiteren gesellschaftlichen Gruppierungen.

Zeitgleich werde man sich für eine gerechte Transformation der Wirtschaft und Arbeitswelt einsetzen. Energiewende, Digitalisierung, der steigende Fachkräftemangel und die wachsende Unsicherheit in den globalen Lieferketten erfordern einen massiven Wandel, um den Wirtschaftsstandort Deutschland zu sichern. Zukunftsinvestitionen dürften nicht länger hinausgezögert werden. Bei der Gestaltung dieser Prozesse in den Betrieben, müssten die Betriebsräte vor Ort intensiv beteiligt werden, damit der Wandel nicht auf dem Rücken der Arbeitnehmer geschehe. Die beiden Galeria-Betriebsräte Joffrey Marc Kallweit und Thomas Bader nutzten zudem die Gelegenheit, kurz über die aktuelle Situation bei der Warenhauskette zu berichten und sich für die Solidarität anderer Betriebsräte und der SPD zu bedanken.

Für uns ist klar: Den Dialog mit den Arbeitnehmer*innenvertreter*innen werden wir auch in der Zukunft fortführen.

Zu Besuch im Landtag

Auch in den letzten Monaten hatte ich viele Besuchergruppen zu Gast im Landtag. Zum Beispiel Stadt- und Bezirksverbandsvorsitzende der Kleingärtner*innen und Gartenfreund*innen aus ganz NRW, die sich mit dem SPD-Arbeitskreis Umwelt über die Zukunft der Kleingartenvereine austauschten.

Besonders freute ich mich über die vielen Schülergruppen, die den Landtag besuchten – eine Klasse des CJD-Berufskollegs in Kley nahm am Programm „Landtag macht Schule“ teil, eine Gruppe des Bert-Brecht-Gymnasiums in Kirchlinde nahm auf meine Einladung am Girls’ and Boys’ Day des Landtags teil und die Schülervertretung der Förderschule an der Froschlake besuchte eine Plenarsitzung.

Einen weiteren spannenden Besuch erhielt ich im Mai von einer Delegation der senegalesischen Stadt Nguékokh, die eine innige Partnerschaft mit dem Stadtbezirk Scharnhorst und der AWO verbindet. Dabei habe ich mich besonders über das Gespräch mit Awa Faye gefreut, da sie sich in ihrer Stadt mit starker Stimme für die Gleichstellung von Frauen und Männern einsetzt.



Empfang der Delegation aus der senegalesischen Stadt Nguékokh



CJD-Berufskolleg zu Besuch im Landtag



Der „Girls’ and Boys’ Day“ mit Schüler*Innen des Bert-Brecht-Gymnasiums





Besuch der Schülervertretung der Schule
an der Froschlake



Besuch der Kleingärtner*innen im Landtag



Jetzt bewerben: Jugendlandtag 2023 - Drei Tage Politik hautnah erleben!

Im November startet der 13. Jugendlandtag. Junge Menschen erhalten die Möglichkeit, vom 16. bis 18. November 2023 die Arbeit der 195 Abgeordneten im Landtag kennenzulernen und aktuelle Themen der Landespolitik zu diskutieren. Sie erleben in diesem Planspiel hautnah Fraktions- und Ausschusssitzungen und Expertenanhörungen. Höhepunkt ist die Plenardebatte am letzten Tag. Um junge Frauen für Politik zu interessieren und zu begeistern, ist es den Dortmunder SPD-Abgeordneten ein besonderes Anliegen, in diesem Jahr junge vier Frauen die Teilnahme zu ermöglichen. Bewerben können sich Schülerinnen, Auszubildende, Studierende oder junge Berufstätige aus Dortmund zwischen 16 und 20 Jahren.

Die Bewerbung ist einfach: Ein einfaches Statement, wieso Du am Jugendlandtag teilnehmen möchtest. Außerdem benötigen wir folgende Angaben: Vorname, Name, Adresse, Geburtsdatum, Geschlechtsidentität, Telefonnummer, Handynummer, E-Mail-Adresse. Bei Teilnehmenden unter 18 Jahren werden ebenfalls die Kontaktdaten der Eltern benötigt. Die Kosten für Unterkunft, Verpflegung und Fahrtkosten werden übernommen.

Meldet Euch gerne! Volkan Baran, Nadja Lüders, Ralf Stoltze und ich freue mich auf Eure Bewerbungen.

Bewerbungen per E-Mail an:
SPD-Wahlkreisbüros Dortmund
Frau Andrea Hüsken
andrea.huesken@landtag.nrw.de
Bewerbungsschluss ist der 31. Juli 2023



**Bewirb Dich für den
Jugendlandtag!**

#Jugendlandtag 2023

Butschkau unterwegs

Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

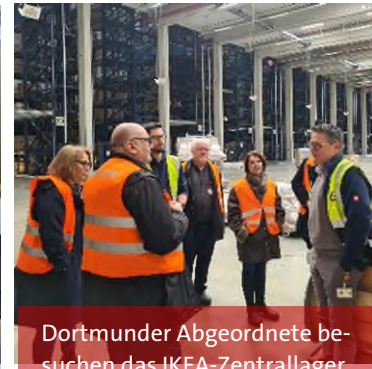


Equal Pay Day in Dortmund.



#SozialerF
Für die V
nicht die V

Flagge zeigen am Trikot-Tag! Mein Herz schlägt für die Sportvereine in meinem Wahlkreis.



Dortmunder Abgeordnete besuchen das IKEA-Zentrallager.



Hoch hinaus ging's beim Maibaum-aufstellen der Bürgerschützen in Marten.

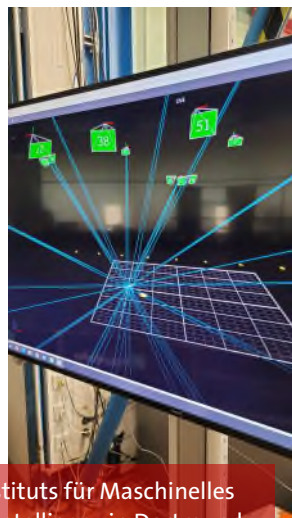


Tütenpacken für die nächste Besuchergruppe



Wie der Fachkräftemangel die Arbeitswelt verändert – LandtagsTalk der SPD-Fraktion.





Besuch des Lamarr-Instituts für Maschinelles Lernen und Künstliche Intelligenz in Dortmund.



Tag der Nacharbeit –
Praktikum im AWO-Senior-
renzentrum Eving.



AWO-Freundin und
Kleingärtnerin Gabi
Kubitzek



Anhörung zum
Thema Endometriose



Präsentation der DGB-Kampagne für mehr Respekt
gegenüber Menschen im Dienst der Gesellschaft.



Solidaritätsbesuch
im Gartenverein
Hafenwiese



Dreharbeiten für ein Team-Respekt-Video auf dem AWO-Schultenhof und im Landtag.





Red Hand Day: Kinder auf die Schulbank, nicht in den Krieg – Im Kampf gegen den Einsatz von Kindersoldaten.



Im Gespräch mit Ver.di-Frauensekretärin Diane Tigges-Brünger.



Iran-Demo „Frau, Leben, Freiheit“ vor dem Landtag.



Zu Besuch im Landtag: der Vorstand von Foodsharing Dortmund.



Zu Besuch im Landtag: der Vorstand von Foodsharing Dortmund.



Der Betriebsrat berichtete in der SPD-Fraktion über die Entwicklung bei Galeria Karstadt/Kaufhof.



Trotz Regen gute Laune beim Dorffest in Lütgendortmund.



Das Queere Netzwerk NRW stellt seine Arbeit vor.



Stark für Frauen! Die Autonomen Frauenberatungsstellen in NRW.





Der Arbeitskreis Gleichstellung kam zur Klausur in Dortmund zusammen.



Mit Julia Kahle-Hausmann in der Ausstellung „Kindeswund“ zum Thema Verschickungskinder im Landtag.



Jochen Ott heißt willkommen zum Sommerfest der SPD-Fraktion.



Wo steht die Gleichstellungspolitik ein Jahr nach der Landtagswahl? – Podiumsdiskussion der NRW-Frauenverbände.



Gedenken an den Brandanschlag von Solingen vor 30 Jahren.



Das Team Respekt der SPD-Fraktion besuchte die Kinderklinik in Siegen.



Trikot-Tag: Die SPD-Fraktion ist dabei.



AWO-Kampagne gegen Rassismus



Die NRW-Kleingartenverbände feierten ihr 100-Jähriges in Mönchengladbach.



Vortrag zum Thema Einsamkeit bei den NGG-Senior*innen Dortmund.



Demo gegen Abtreibungs-gegner*innen in Körne.



GeMAInsam raus zum 1. Mai!



Aktionstag der SPD-Ratsfraktion in Hörde und Kley



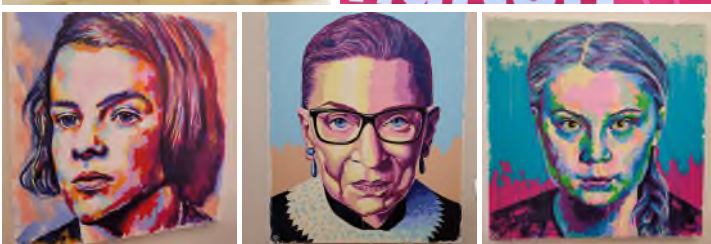
Frühjahrstagung der Frauenbrücke Ost-West



Ausstellungseröffnung „Fearless Women“ in der SPD-Fraktion



Frauen im Handwerk: In der Tischlerei Giese & Liebelt selbstverständlich.



Premiere: Regenbogenflagge zum Pride Month am Landtag.

